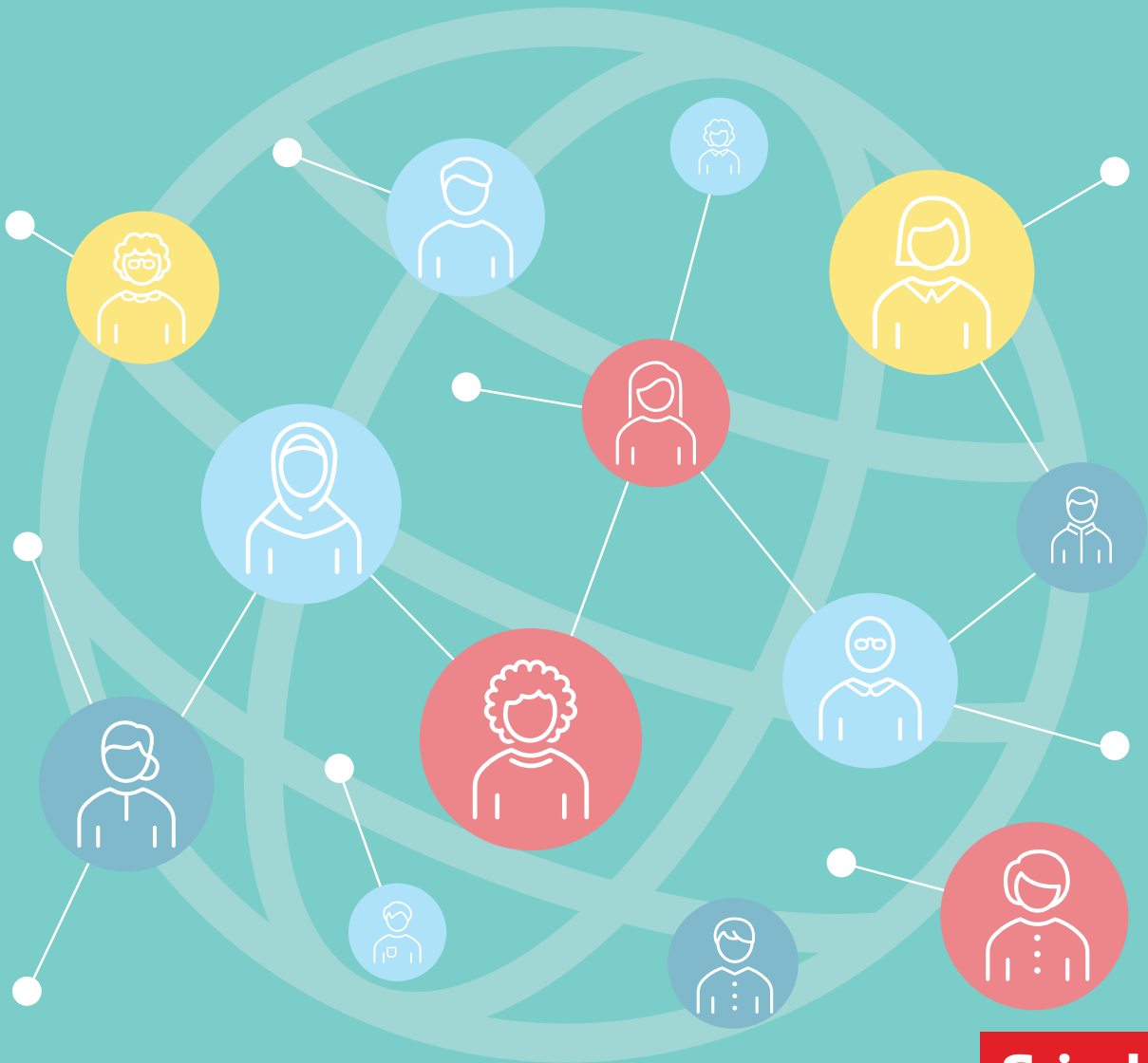


Barbara Mittelhammer
November 2025

Ein Schritt vor, zwei zurück?

*Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Außenpolitik
nach der Abschaffung der Feministischen Leitlinien*



Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Abteilung: Internationale Zusammenarbeit,
Referat Globale und Europäische Politik

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Konstantin Bärwaldt, Referat Globale und Europäische Politik

Kontakt

Christiane Heun
Christiane.Heun@fes.de

Design/Layout

Ludger Stallmeister

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

2. Auflage / korrigierte Ausgabe
November 2025
© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-98628-789-4

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➤ www.fes.de/publikationen

Barbara Mittelhammer
November 2025

Ein Schritt vor, zwei zurück?

*Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Außenpolitik
nach der Abschaffung der Feministischen Leitlinien*

Inhalt

1. Einleitung: Geschlechtergerechtigkeit nach dem Ende Feministischer Außenpolitik	3
2. Was war die deutsche FAP? Von Anspruch zu Wirklichkeit?	4
2.1 Ambitionierter Anspruch der deutschen FAP	4
2.2 Strukturell ausgebremst?	4
2.3 Erfolge: interne Dimension, feministische Leuchttürme und Multilateralismus	5
2.4 Resümee: Institutionelle und programmatische Fortschritte ohne Policy-Transfer	6
3. Was bleibt nach der Abkehr von der deutschen FAP?	8
3.1 Zurück auf Los? Reversible Elemente	8
3.2 Beharrungskräfte und Resilienzen	8
3.3 Außenpolitische Auswirkungen und Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit darin	9
4. Handlungsempfehlungen	10
4.1 Systematische Evidenz schaffen	10
4.2 An bewährte Elemente und Programme anknüpfen und Finanzierung fortsetzen	10
4.3 Gender-Expertise weiterhin in die Regierungsarbeit einbeziehen und darauf aufbauen	10
4.4 Feministischen Diskurs fortführen, Netzwerke und Austauschformate stärken	11
4.5 Internationale Verpflichtungen und multilaterale Verantwortung wahrnehmen	11
5. Wie weiter mit Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Außenpolitik?	12
Literaturverzeichnis	13
Abkürzungsverzeichnis	15

1.

Einleitung: Geschlechtergerechtigkeit nach dem Ende Feministischer Außenpolitik

Deutschland ist nach Schweden, den Niederlanden und Argentinien das vierte Land, das Feministische Außenpolitik (FAP) nach ihrer Einführung wieder abgeschafft hat. Was 2021 im Koalitionsvertrag als programmatische Neuerung verankert und im März 2023 durch die Leitlinien des Auswärtigen Amtes (AA) konkretisiert wurde, fand mit der neuen Bundesregierung ein jähes Ende. Noch vor Amtsantritt verkündete Außenminister Johann Wadephul die Entscheidung und begründete sie damit, sich stattdessen mehr auf die großen Krisenherde konzentrieren zu wollen. (n-tv.de, 2025) Doch aus dieser Argumentation ergibt sich ein Widerspruch zwischen politischen Realitäten und feministischer Außenpolitik, der der Rolle von Geschlechtergerechtigkeit als stärkstem Indikator für die Friedfertigkeit eines Landes nach außen und innen wenig gerecht wird. (Hudson, Bowen, & Nielsen, 2020) Auch um die Feministische Entwicklungspolitik ist es öffentlich sehr still geworden. Dennoch verkündet die neue Regierung, die Agenda 1325 »Frauen, Frieden und Sicherheit« (Women, Peace and Security, WPS) fortführen zu wollen. (CDU, CSU, & SPD, 2025). Was also bedeutet das Ende der FAP für den Status der Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Außenpolitik?

Die Entwicklung findet gleichzeitig in einem Kontext statt, in dem sich nicht nur die Zahl und Komplexität bewaffneter Konflikte weltweit auf einem historischen Höchststand seit dem Zweiten Weltkrieg befindet. (Rustad, 2025) Auch der Pushback gegen Feminismus, Gender und Geschlechtergerechtigkeit macht sich auf deutscher wie auf internationaler Ebene immer deutlicher bemerkbar. Weltweit werden sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte sowie das Recht auf körperliche Selbstbestimmung untergraben und angegriffen. (PAI.org, 2025) Die feministische Zivilgesellschaft steht unter massivem Druck – befeuert durch den systematischen Entzug von Fördermitteln im Zuge der USAID-Streichungen im Speziellen und einer Unterfinanzierung im Allgemeinen. (Šišić & Binişik, 2025) Bei der Erosion finanzieller Fördermittel insbesondere für Diversity, Equity, Inclusion (DEI) lässt sich ein globaler Trend beobachten. (Woroniuk, 2025) In multilateralen Foren bilden sich immer stärkere Allianzen mit dem Ziel, die diskursiven und rechtlichen Errungenschaften zu Geschlechtergerechtigkeit abzubauen. All dies geschieht vor dem Hintergrund, dass 150 % mehr Frauen als noch vor einem Jahrzehnt allein schon geographisch von bewaffneten Konflikten betroffen sind (United Nations Secretary-General, 2024), dass sich die Zahl der Frauen, die in Konflikten getötet wurden, im Jahr 2023 verdoppelt hat, sexuelle Gewalt um 50% angestiegen ist (UN Women, 2024) und

Genderdynamiken auch vor schwersten Kernverbrechen wie Kriegsverbrechen und Genozid keinen Halt machen. (Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, 2025)

Die vorliegende Publikation arbeitet Impulse zur Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit im Rahmen der deutschen Außenpolitik und internationalen Zusammenarbeit heraus, angesichts der Tatsache, dass Deutschland die Feministische Außenpolitik beendet hat und die Feministische Entwicklungspolitik weit weniger prominent als zuvor fortführt. (BMZ, 2023) Zu diesem Zweck wird zunächst auf Charakteristika der deutschen FAP eingegangen. Anschließend wird ein Resümee zur Umsetzung der FAP gezogen und deren mögliches »Erbe« skizziert, bevor abschließend konkrete Empfehlungen formuliert werden.

2.

Was war die deutsche FAP? Von Anspruch zu Wirklichkeit?

In seiner Antrittsrede hat Außenminister Johann Wadephul Ergebnisorientierung als politischen Maßstab formuliert (Auswärtiges Amt, 2025) – allerdings ohne zuvor die Ergebnisse von drei Jahren FAP und, deren mögliche Auswirkungen, erfolgreiche Maßnahmen oder Lernerfahrungen konsequent zu analysieren. Das Auswärtige Amt hat zwar vereinzelte Auswertungen beauftragt, beispielsweise zur Rüstungskontrolle, die jedoch ohne eine umfassende Evaluierung Gefahr laufen, ins Versatzstückhafte zu verfallen. (Balbon & Färber, 2025) Die vorliegende Studie will daher über einen kurzen Rückblick mögliche Anknüpfungsfelder aufzeigen.

Gleichzeitig hält das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) – im Gegensatz zum AA – zwar an Strukturen und dem Strategiedokument fest, doch die aktuelle Bundesministerin Reem Albali Radovan hat seit Amtsantritt noch keine öffentliche Haltung zum Ansatz ihres Hauses formuliert. Stattdessen betonte sie die Bedeutung des Dreiklangs von Entwicklungs-, Außen- und Verteidigungspolitik für eine nachhaltige Sicherheitspolitik. (BMZ, 2025) In Summe lässt die bisherige Position des BMZ hier implizit eine Kontinuität der FEP vermuten, obgleich sich die Bundesministerin angesichts einer zunehmenden Zentralisierung der außenpolitischen Entscheidungsmacht im CDU-geführten Kanzleramt wohl eher in einer *glass cliff*-Position befindet. (Moreira & Conway, 2025; Ryan & Haslam, 2005) Folglich lässt sich die Zukunft der FEP noch nicht fundiert beurteilen. Die vorliegende Studie lenkt daher explizit den Blick auf außenpolitische Handlungsräume – die gleichzeitig auch Anknüpfungspunkte für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bieten. Zum Einstieg wird zunächst ein Rückblick auf die Umsetzung, die Charakteristika und die Stärken und Schwächen der deutschen FAP geworfen, um anschließend einen Ausblick zu wagen.

2.1 Ambitionierter Anspruch der deutschen FAP

Die Leitlinien der deutschen FAP waren auf zweierlei Ebenen ambitioniert. Erstens definierten sie den Ansatz als »keine Außenpolitik für Frauen, sondern für alle Mitglieder einer Gesellschaft« und damit als intersektionales Konzept, das über binäre Geschlechterkategorien hinausgeht, wodurch es sich von ersten Generationen der Feministischen Außenpolitik unterscheidet. Das Auswärtige Amt gründete seinen Ansatz zwar auf Pragmatismus, formulierte darüber

hinaus aber auch eine historische Verantwortung für die koloniale Vergangenheit. Ebenso verstand die deutsche FAP Handlungsmacht jenseits nationalstaatlicher Perspektiven auch in Bezug auf zivilgesellschaftliche Strukturen und Expertise. Zweitens war es bemerkenswert, wie umfassend sich die FAP auf alle Arbeitsbereiche des Ministeriums, von Frieden und Sicherheit bis hin zu humanitärer Hilfe, von Kulturdiplomatie bis hin zu Klima- und Energiepolitik, Wirtschaftspolitik und internationalem Handel, aber auch auf interne Strukturen bezog. Inwiefern aber ist es dem Auswärtigen Amt gelungen, dem Anspruch der Leitlinien auch tatsächlich gerecht zu werden?

Aufgrund der kurzen Umsetzungsdauer – zwei Jahre von der Veröffentlichung der Leitlinien bis zur Abschaffung der FAP – lässt sich nur schwer ein belastbares Resümee ziehen. Jedoch erlaubt der Blick auf strukturelle Faktoren eine Einschätzung, inwiefern eine längere Umsetzungszeit auch zu mehr feministischer Substanz beigetragen hätte.

2.2 Strukturell ausgebremst?

Gewisse strukturelle Schwachstellen erschwerten eine umfassende, tragfähige und weitreichende Realisierung der deutschen FAP. Konkret fehlte es an einer übergeordneten politischen Priorisierung, an verbindlichen Zielsetzungen sowie an Ressourcen. Weitere Probleme ergaben sich aus der unklaren Operationalisierung und der konzeptionellen Ambiguität.

Zunächst war die Umsetzung der deutschen FAP vom Ausbleiben einer ressortübergreifenden Regierungspolitik geprägt, obwohl sich die drei Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag auf eine »Feminist Foreign Policy« geeinigt hatten. (SPD et al., 2021) Dies war letzten Endes die entscheidendste Weichenstellung für ausbleibenden politischen Rückhalt und Priorisierung. Denn damit war die politische Reichweite von vornherein auf zwei Ressorts begrenzt, und zentrale Ministerien wie Wirtschaft oder Finanzen waren a priori nicht auf feministische Prinzipien festgelegt. Daraus ergaben sich erstens gegensätzliche politische Prioritäten zwischen feministischen Ansätzen und Positionen der Bundesregierung, ob nun im Bereich der Rüstungsexportpolitik, der Migration oder der Klimapolitik. Zweitens waren damit die strukturellen Möglichkeiten begrenzt, die für eine erfolgreiche Umsetzung nötig gewesen wären, also konkret die Verfügbarkeit finanzieller Mittel oder die Möglichkeit einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit zur

FAP. Diese Dynamik zeigt sich unter anderem darin, dass Dokumente wie die 2023 verabschiedete nationale Sicherheitsstrategie nahezu ohne feministische Konzepte auskamen. Stattdessen entwickelten das AA und das BMZ jeweils eigenständige Ansätze. Darin folgten zwar beide Ministerien dem von Schweden gesetzten Goldstandard der »3-R« – Rechte, Repräsentanz, Ressourcen –, setzten dabei aber unterschiedliche Schwerpunkte. (Thompson, 2023) Aus heutiger Perspektive stellt sich die Frage, inwiefern eine solche Diversifizierung in der Breite den Ansatz einerseits geschwächt, ihn andererseits aber möglicherweise auch resilienter für den Fall eines Politikwechsels gemacht hat – eine Logik, die sich allerdings vor allem retrospektiv erschließt. Auch aus anderen Kontexten wie Schweden ist bekannt, wie sehr eine fehlende politische Priorisierung die erfolgreiche Umsetzung der FAP beeinträchtigen kann. (Towns, Bjarnegård, & Jezierska, 2023)

Und drittens ergaben sich aus der fehlenden übergeordneten politischen Priorisierung auch Fallstricke hinsichtlich der Umsetzung von FAP bzw. der dafür benötigten Instrumente, da institutionalisierter Nachdruck weitgehend ausblieb.

Als Instrumente für die Umsetzung definieren die Leitlinien die durchgängige Berücksichtigung des Ansatzes in allen Bereichen der Außenpolitik (Mainstreaming), die Zusammenarbeit mit Multiplikator_innen weltweit, die Einführung von Gender Budgeting sowie Monitoring von Fortschritten und Herausforderungen.

Das »Mainstreaming« bot zwar einerseits Freiheiten in der Umsetzung und förderte insbesondere in der Breite kreative Maßnahmen in Eigeninitiative, hinterließ aber zu viele Unklarheiten und lieferte keine ausreichenden verbindlichen Zielvorgaben. Im Querschnitt oblag es jeder Abteilung oder Auslandsvertretung, die Inhalte der FAP zu verstehen, anzuwenden und zu evaluieren. Somit hing die erfolgreiche Umsetzung in der Horizontalen von persönlicher Initiative sowie den zeitlichen und personellen Ressourcen der ohnehin überfrachteten Mitarbeiter_innen ab. Auch institutionelle Neuerungen, wie die neu geschaffenen »FFP Focal Points« boten keine Entlastung, da sie die neue Rolle zusätzlich zu ihrem bestehenden Portfolio ausübten. An dieser Stelle wurde versäumt, Lehren aus bekannten Schwachstellen der WPS oder der *Gender Focal Ppoints* zu ziehen. Derlei *bottom up*-Ansätze mögen zwar Kreativität und Freiraum fördern, bieten aber für komplexe Change-Prozesse in hierarchischen Organisationen kein Erfolgsrezept. Stattdessen hätte ein konsequent gendertransformativer Ansatz im Sinne der ambitionierten Leitlinien die Beseitigung struktureller Ungleichheiten stärker als Mittel- und Ausgangspunkt für alle Ebenen des außenpolitischen Denkens und Handelns definieren müssen.

Zwar wurden der Posten einer Sonderbeauftragten (mit den Befugnissen der Beauftragten für Menschenrechte im AA) und ein Referat für Feministische Außenpolitik geschaffen. Allerdings wurden diese Strukturen mit stark

begrenzten personellen Ressourcen und damit begrenzter Handlungsausstattung ausgestattet. Mit dem Ende der FAP wurden diese unmittelbar aufgelöst oder umgewidmet.

Entsprechend hat man für die geplanten neuen Strukturen und Aufgaben weder einen Mittelzuwachs noch ein explizites Budget veranschlagt. Auch wenn sich dies im langfristigen Gesamtkontext substanzieller Mittelkürzungen im AA-Haushalt strukturell nachvollziehen lässt, war es für eine erfolgreiche Umsetzung Feministischer Außenpolitik nicht weniger problematisch und hätte zudem als Lehre aus den Erfahrungen in Schweden vermieden werden können. (Towns et al., 2023) Erschwerend kam hinzu, dass weder ein Monitoring noch eine Evaluierung etabliert wurden. Es mangelte an klaren Messgrößen und Indikatoren für den Erfolg feministischer Außenpolitik. Abgesehen von der Relevanz der FAP für die Ministerin und individuellem Engagement gab es daher nur wenige bis keine verbindlichen Zielvorgaben für den transformativen und ambitionierten Anspruch der Leitlinien und auch keine nachvollziehbaren Messgrößen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern eine Strategie eine Handlungsorientierung oder einen transformativen Anspruch vermitteln kann, wenn ihre Umsetzung nicht stringent operationalisiert wird. Somit fiel die tatsächliche Umsetzungskraft hinter dem transformativen Verständnis der Leitlinien zurück.

Auf substanzieller Ebene lässt sich dies mit Hilfe der weitverbreiteten konzeptionellen Ambiguität verdeutlichen: Es gab keinen nachvollziehbaren Plan, um ein ganzheitliches Verständnis von FAP, im Sinne der Leitlinien, auf allen Ebenen des AA zu vermitteln. Diese Ambiguität trat besonders an den Stellen zu Tage, an denen sich die FAP von WPS oder von einer gendersensiblen Programmatik unterschied. Feministische Zivilgesellschaft und Wissenschaft äußerte sich kritisch, zur mangelnden Übersetzung in ein konkretes transformatives oder strukturkritisches Engagement, strukturelle Ungleichheiten tatsächlich abzubauen. Diese Haltung zeigte sich unter anderem im Ausbleiben von Konsultationen innerhalb der *global majority* (Campbell-Stephens, 2020) im Entwicklungsprozess oder von tatsächlichen Schritten, um strukturelle Machtasymmetrien im Kontext einer postkolonialen Kontinuität in der deutschen Außenpolitik abzubauen. (Färber & Standke-Erdmann, 2025) Auch blieb das Verständnis von Rolle und Handlungsmacht ambivalent. Obwohl eine transformative Kraft der Zivilgesellschaft durchaus anerkannt und als Expertise wahrgenommen wurde, reduzierte sich die praktische Ausgestaltung auf selektive und punktuelle Maßnahmen statt systematischer und strategischer Konsultation.

2.3 Erfolge: interne Dimension, feministische Leuchttürme und Multilateralismus

Dennoch waren trotz berechtigter Kritik vor allem auf den folgenden drei Ebenen Fortschritte zu verzeichnen: in struktureller Hinsicht bei der internen Organisation des

Auswärtigen Amts sowie allgemein bei den Stellschrauben und Schlüsselinstrumenten feministischer Programmarbeit, bei gewissen Leuchtturmprojekten sowie der Stärkung multilateraler Foren.

Vier der zehn Leitlinien der deutschen FAP betrafen interne Aspekte der Stärkung der Gleichstellung, Diversität und Inklusion im Auswärtigen Amt – einschließlich des Auswärtigen Dienstes. Auf allen Ebenen des Personalprozesses, also in der Einstellungspraxis, bei der Gestaltung der Karrierepfade sowie der Personalbesetzung und -förderung wurden Geschlechterparität, Inklusion und Diversität priorisiert. Zudem gab es klare Gradmesser für Fortschritte. Der Gesamtanteil von Frauen in Führungspositionen im Außenministerium lag zwar weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt von 44 %, konnte während der Umsetzungsphase jedoch um 7 Prozentpunkte auf 37 % erhöht werden. (Statistisches Bundesamt, 2025) Darüber hinaus wurde auch bei organisationskulturellen Fragen angesetzt, um Diskriminierung vorzubeugen oder Karrierewege zu diversifizieren. Ebenso investierte das Auswärtige Amt in Schulungen sowie in den Ausbau von Kapazitäten in den Bereichen Gender und WPS. Dieser interne Fokus auf Reformen war damit vor allem eine Investition in einen langfristigen strukturellen Wandel – wenn auch sein Transformationspotenzial durch regulatorische Hürden eingedämmt wurde. Gleichwohl tragen die genannten Faktoren zu einem nachhaltigen Reflektionsprozess und zur Entwicklung der Hauskultur bei.

Die deutsche Feministische Außenpolitik hat durchaus Stellschrauben, Leuchtturmprojekte und relevante Instrumente hervorgebracht, auch wenn es ihr in der Kürze der Zeit nicht gelungen ist, den Sprung in eine konsistente Programmatik zu bewältigen oder den angestrebten »feministischen Reflex« zu verinnerlichen. auszulösen. Auf dem Weg zu einer FAP gab es viele kleine Stellschrauben, die sicherlich mehr als zwei Jahre benötigt hätten, um ihre Wirkung voll zu entfalten. Als Positivbeispiel sei aber die spürbare Perspektiverweiterung in den Berichten der Auslandsvertretungen genannt, die auf den ersten Blick zwar nur wie ein kleiner Schritt erscheint, in Summe und über den Lauf der Zeit jedoch stellvertretend für eine solche Perspektiverweiterung innerhalb des Hauses steht – und sich mit etwas mehr Zeit vielleicht auch in seiner Politik bemerkbar gemacht hätte. Als zentrales Instrument konnte sich das Gender Budgeting etablieren, für das in den Leitlinien das ambitionierte Ziel formuliert wurde, 85 % (bei der humanitären Hilfe sogar 100 %) aller Projektmittel geschlechtersensibel und 8 % geschlechtertransformativ auszugeben. Auf programmatischer Ebene ist zum Beispiel die UN-Fact Finding Mission zu Iran zu nennen, die Deutschland 2022 gemeinsam mit Island im UN-Menschenrechtsrat durchsetzen konnte. (UNHRC, 2025) Diese Art von Projekten kam jedoch bisher nur vereinzelt vor und steht im großen Ganzen nicht für den »feministischen Reflex«, den die Leitlinien zugunsten eines systematischen Mainstreamings Feministischer Außenpolitik gefordert hatten. Sie haben gleichwohl einen Reflektionsprozess angestoßen, der mit mehr politischem Rückhalt, Verbindlichkeit und Zeit auch

weiter hätte greifen können. Nun wird die neue politische Haltung des Auswärtigen Amts darüber entscheiden, ob sich an diese Erfolge anknüpfen lässt.

International gelang es Deutschland, sich als führende Kraft in multilateralen Räumen zu etablieren und relevante zwischenstaatliche Plattformen zu schaffen. Nicht zuletzt nach dem Ende der schwedischen FAP waren die Erwartungen an und das Vertrauen in Deutschland bei internationalen Partner_innen hoch. Deutschland trat der FFP+-Gruppe bei (Government of the Netherlands, 2023) und initiierte Feministische-Außenpolitik-Konferenzen, (Auswärtiges Amt, 2022) die später in den Niederlanden und Mexiko sowie in Paris fortgeführt wurden, (Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères, 2025a) wodurch sowohl zwischenstaatliche als auch zivilgesellschaftlich-wissenschaftliche Austauschformate entstanden. Diese Aktivitäten entwickelten sich zu einem wirksamen Soft-Power-Instrument, das mit Beharrungskräften und Erwartungen einherging, die nicht nur von staatlichen, sondern auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren weiterhin hochgehalten werden. Dieser Zugewinn an Soft Power wurde allerdings durch doppelte Standards und eine Unterminierung der Universalität von Menschenrechten in anderen Politikbereichen zumindest teilweise wieder konterkariert, was die langfristige Glaubwürdigkeit der deutschen Position in multilateralen Foren gefährdet hat.

2.4 Resümee: Institutionelle und programmatische Fortschritte ohne Policy-Transfer

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die deutsche FAP vor allem auf der operativ-institutionellen Ebene mit Blick auf innerministerielle Strukturen und Prozesse Fortschritte erzielen konnte. Für einen umfassenden Transformationsprozess reichen nicht einmal zwei Jahre zwar nicht aus, doch es sind durchaus Bemühungen sichtbar geworden. Allerdings hat sich die Hoffnung, die FAP auf diese Weise so zu verankern, dass sie von einer nachfolgenden Regierung nicht ohne Weiteres rückgängig gemacht werden könnte, als zu optimistisch erwiesen. Unter den fünf Staatsminister_innen und -sekretär_innen befindet sich unter der neuen Leitung nur noch eine Frau. Angesichts der neuen Prioritätensetzung bleibt es zudem fraglich, welche der geschaffenen Strukturen und erworbenen Kompetenzen langfristig Bestand haben.

Auf programmatischer Ebene haben konkrete feministische Instrumente erste Leuchtturmprojekte hervorgebracht, die aber nicht in systematisches Mainstreaming und transformative Ansätze übersetzt werden konnten. Neue Strategien, wie beispielsweise zur humanitären Hilfe oder zum Krisenengagement, wurden weiterhin als »Gender«-Strategien und nicht als »feministische« Strategien bezeichnet. Sie beziehen sich jedoch im Wesentlichen auf das FAP-Konzept und die damit verbundenen Verpflichtungen, die beispielsweise in einer Stärkung der Rolle intersektionaler

Bedarfsanalysen in Krisen- und humanitären Hilfskontexten bestehen. Dies wirkt im Rückblick zwar nach wie vor wenig ambitioniert, kann aber aus heutiger Perspektive gegebenenfalls zu einem längeren Überleben der Dokumente beitragen. Gerade das Ausbleiben einer Berichterstattung, eines klaren Monitorings und einer Evaluierung haben nicht nur eine Impact-Analyse, sondern auch eine kritisch-konstruktive Auseinandersetzung in der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft erschwert. Darüber hinaus ist auch die Zukunft des Gender Budgeting noch ungewiss.

Die größte Umsetzungslücke tat sich bei der Transmission auf die politische Ebene auf. Insofern wurde die deutsche FAP am stärksten von der Diskrepanz zwischen dem feministischen Anspruch und der tatsächlichen Praxis der deutschen Außenpolitik in Mitleidenschaft gezogen. Insbesondere in Krisensituationen offenbarten sich die Grenzen Deutschlands bei der Umsetzung feministischer Prinzipien: Die jeweiligen Reaktionen auf die Situation in Iran, Afghanistan und insbesondere in Gaza haben gezeigt, wie schnell die praktische Anwendung feministischer Leitlinien an den Schnittstellen zwischen Innen- und Außenpolitik gescheitert ist. (Adebahr & Mittelhammer, 2023; Mittelhammer, Stamm, & Both, 2024) Deutschlands Haltung und Politik gegenüber Israel und dem, was UN-Institutionen, Wissenschaftler_innen und Menschenrechtsorganisationen als Genozid in Gaza einordnen, bildete einen extremen Kontrast zu feministischen Ansprüchen. (Amnesty International, 2024; HRW, 2024; Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, 2025; UN OHCHR, 2025) Diese doppelten Standards haben nicht nur die Bilanz der Feministischen Außenpolitik geschwächt, sondern Deutschlands Soft Power, seinen internationalen Partnerschaften mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie seiner Glaubwürdigkeit in multilateralen Foren nachhaltig geschadet. (Grimm & Schneider, 2025) Nicht nur im internationalen Kontext waren diese starken Widersprüche und Inkonsistenzen in der Umsetzung der eigenen Ansprüche ein Faktor, der die Ernsthaftigkeit einer deutschen Feministischen Außenpolitik schwer in Mitleidenschaft gezogen hat.

Ein weiterer entscheidender Faktor war auch die nach wie vor unzureichende politische Aufmerksamkeit für die destabilisierende Wirkung der globalen Anti-Gender- und Antifeminismus-Bewegung, deren wachsende Bedrohung für Demokratie und Frieden gerade im Rahmen einer feministischen Außenpolitik mehr Beachtung hätte finden müssen. (Datta, 2025)

3.

Was bleibt nach der Abkehr von der deutschen FAP?

Trotz aller Schwächen, Widersprüche und Kritik ist mit der Abkehr von der FAP ohne Frage ein Rückschritt für Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Außenpolitik verbunden. Doch während sich bestimmte Elemente relativ unkompliziert auf einen Prä-FAP-Ausgangspunkt zurücksetzen lassen, verfügen andere strukturelle Elemente über stärkere Beharrungskräfte. (Towns, Jezierska, & Bjarnegård, 2024)

3.1 Zurück auf Los? Reversible Elemente

Bereits am Tag der Regierungsübernahme verkündete Außenminister Wadehul die Abschaffung des Amtes der Botschafter_in für FAP und machte damit deutlich, dass personelle Entscheidungen und schwach institutionalisierte Strukturen rasch aufgelöst oder ersetzt werden können. (Hecht, 2025) Dasselbe geschah mit dem Referat Feministische Außenpolitik. Auch das Leitliniendokument wurde nur wenige Tage nach Amtsantritt offline genommen, was recht sinnbildlich veranschaulicht, wie schnell politische Akzente umformuliert werden können. Doch während Strategiepapiere außer Kraft gesetzt oder, sofern nicht verpflichtend operationalisiert, ignoriert werden können, ist bisher weit weniger klar, wie sich die Abkehr von der FAP auf programmatische Richtlinien, Weisungen oder Instrumente wie das Gender Budgeting auswirken wird. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die bisherige programmatische Schwerpunktsetzung im Sinne einer FAP zumindest in Teilen umgewidmet oder eingestellt wird. So ließen sich beispielsweise das Gender Mainstreaming oder andere Elemente durch die inhaltliche Änderung von Weisungen recht einfach revidieren. Bei übergeordneten Prioritäten, darunter nicht zuletzt Investitionen in nicht-militärische Sicherheit, Demokratie- oder Zivilgesellschaftsförderung, ist schon jetzt ein anderer Stellenwert im Haushalt der neuen Bundesregierung zu erkennen. Der Trend substanzieller Mittelkürzungen von AA und BMZ setzt sich weiter fort. (Bundesfinanzministerium, 2025; Deutscher Bundestag, 2025)

3.2 Beharrungskräfte und Resilienzen

Obwohl gewisse Elemente vor allem auch aufgrund ihrer kurzen Lebensdauer von zwei Jahren recht unproblematisch zurückgenommen werden können, hinterlassen die feministischen Leitlinien doch Spuren, die sich nicht so einfach auslöschen lassen.

Kapazitätsaufbau und Personalentwicklung wirken nachhaltig. So haben Schulungen zu Gendergerechtigkeit, Diversität und Intersektionalität bei Mitarbeitenden im Auswärtigen Amt teils eine Veränderung der Perspektiven angestoßen und Kompetenzen ausgebaut. Trotz struktureller Herausforderungen haben die Focal Points für FAP-Focal Points zum Aufbau von Kompetenz und Expertise, aber auch von relevanten Netzwerken beigetragen. Dieses Wissen – und in Teilen auch diese neuen Perspektiven – bleiben erhalten, auch wenn die kurze Dauer der FAP keinen nachhaltigen Kulturwandel bewirken konnte.

Nichtsdestotrotz hat diese Phase aber eine Entwicklung der Normen und Diskurse befördert. So sind aus dem Auswärtigen Amt nicht nur vereinzelte Stimmen zu hören, die so weit als möglich an den Grundsätzen festhalten wollen. Auch beschränkt sich diese Diskursentwicklung nicht auf das Auswärtige Amt (oder das BMZ). Mit der Einführung der FAP hat sich der außenpolitische Diskurs in Deutschland verändert. Begriffe wie Machtkritik, Intersektionalität oder strukturelle Gewalt wurden in politische Gespräche eingeführt und sind auch fortan im Bewusstsein zivilgesellschaftlicher, medialer und diplomatischer Akteure verhaftet. Auch in der Stiftungsarbeit, der Forschung und in Denkfabriken hat sich die feministische Arbeit etabliert. Auf diese Weise hat sich über die letzten Jahre ein Fundus an Kompetenz und Wissen aufgebaut, auch wenn sich das »Mainstreaming« feministischer Expertise und Diskurse in außen- und sicherheitspolitische Kernthemen nicht durchsetzen konnte. Dessen ungeachtet bietet sich hier eine nutzbare Ressource mit großem Potenzial.

Schließlich wurden über die letzten zwei Jahren nicht nur in AA oder Fachdiskursen Erwartungshaltungen bestärkt. Feministische Zivilgesellschaft, welche die FAP-Einführung gestützt und befördert hat, wird auch in einer veränderten deutschen Außenpolitik auf eine geschlechtergerechte Ausrichtung hinwirken. (Wittenfeld & Franken, 2025) Und auch internationale und multilaterale Verpflichtungen bleiben bestehen. Denn obgleich wenig formalisierte multilaterale Plattformen wie die FFP+-Gruppe leicht zu verlassen sein mögen, wirkt Deutschlands Ruf als Förderin feministischer Prinzipien und als Partnerin für Geschlechtergerechtigkeit nach und gerade Partnerländer und Plattformen bringen weiterhin ihre Erwartungen zum Ausdruck. (O, 2025) Neben diesen Erwartungen gibt es sowohl internationale Normen, die zu Kontinuität verpflichten – ob nun die Nachhaltigen Entwicklungsziele der UN (SDGs) oder die Beijing-Plattform, oder auch Rechtsinstrumente, von der Frauenrechts-

konvention (*Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women*, kurz CEDAW) bis hin zum Vertrag über den Waffenhandel (*Arms Trade Treaty*, kurz ATT). (Towns et al., 2024) Diese Normen sind eine außenpolitische Verpflichtung für Deutschland und damit nicht selektiv anwendbar. Nicht zuletzt die SDGs geben ein Mainstreaming von Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen der 17 Ziele und damit einen weiteren Anknüpfungspunkt und klare Leitplanken vor.

3.3 Außenpolitische Auswirkungen und Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit darin

Was bedeutet das Ende der FAP für die deutsche Außenpolitik und internationale Zusammenarbeit? Neben nennenswerten Erfolgen, auf die es sich aufzubauen lohnt, liegt zudem die Notwendigkeit auf der Hand, an Geschlechtergerechtigkeit als sachlich begründeter Priorität auch im aktuellen politischen Kontext festzuhalten. (Stamm, 2025)

Zum einen bedeutet die Abkehr von FAP nicht das Ende der Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Außenpolitik. In Reden und Policy-Dokumenten lässt sich ein klarer Rahmen für die Zukunft der Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Außenpolitik nachvollziehen. Der Koalitionsvertrag verweist, wie auch der Außenminister in seiner Antrittsrede, auf die UN-Sicherheitsratsresolution 1325. Mit einer Beschränkung der weiterführenden Bemühungen um eine Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Außenpolitik auf die WPS-Agenda ist allerdings das Risiko einer Versicherheitlichung verbunden. Immerhin bezieht sich der Koalitionsvertrag auch auf die UN-Frauenrechtskonvention und eine EU-weite Ratifizierung der Istanbul-Konvention als verbindlicher Rechtsnorm gegen Gewalt an Frauen. (CDU et al., 2025) Johann Wadephul selbst spricht auch von der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit in Gänze (also auch von den neun weiteren Resolutionen) und dem Schutz vulnerabler Gruppen weltweit. (Auswärtiges Amt, 2025) Gerade durch diesen Bezug auf die Resolution 1325 mit der Agenda ergeben sich Anknüpfungspunkte. Ein Vorteil, aber auch Herausforderungen, entstehen dadurch, dass der NAP – im Gegensatz zu den FAP-Leitlinien – durch das Bundeskabinett beschlossen wird und damit andere Entscheidungsprozesse durchlaufen muss. Hierin könnte auch eine Chance für AA und BMZ liegen, an den feministischen Austausch anzuknüpfen, gemeinsame Prioritäten zu identifizieren und sich im global herausfordernden Kontext zu behaupten.

Es besteht sicherlich das Risiko, dass Geschlechtergerechtigkeit marginalisiert und aus sicherheitspolitischen und transformativen Ansätzen in Themenbereiche ausgelagert wird, die stereotyp als »weich« gelesen werden. Damit würden jedoch das transformative Potenzial sowie der Blick auf strukturelle Ungleichheit als Ursache für Konflikte und Unsicherheit verloren gehen. Es bleibt jedoch zu beobachten, welche Priorisierungen sich abzeichnen – auch angesichts einer Zentralisierung der außenpolitischen Entschei-

dungskompetenz in Kanzleramt und Sicherheitsrat sowie starker Einschnitte im Haushalt bei langfristigen Investitionen in Konfliktprävention und -lösung. Die Tatsache, dass Außenminister Johann Wadephul in seiner Antrittsrede den Fokus auf weltweite Konflikte und Krisen legte und gleichzeitig die Abschaffung von FAP verkündete, zeugt nicht von einem ausgeprägten Bewusstsein für die Rolle von Geschlechtergerechtigkeit für Frieden und Sicherheit. (Auswärtiges Amt, 2025; n.tv.de, 2025) Dabei stehen Sicherheit, Freiheit und Wohlstand als Leitmotiv keineswegs im Widerspruch zu den Zielen feministischer Ansätze. Denn Geschlechtergerechtigkeit ist jenseits rechtlicher Verpflichtungen nachweislich ausschlaggebend für wirtschaftliche Entwicklung und nachhaltigen Frieden und birgt nach wie vor ein nicht ausgeschöpftes Potenzial. Doch es fehlt bis heute an einer klaren Positionierung des Außenministers und der Leitungsebene des Auswärtigen Amts zu Geschlechtergerechtigkeit, von der gerade auch ins Ministerium hinein ein wichtiges Signal ausgehen würde.

Für viele Partnerländer sendet Deutschland derzeit jedoch widersprüchliche Signale: Staaten wie Frankreich, Mexiko, Chile, Spanien oder Kanada, die weiterhin an Feministischen Außenpolitiken arbeiten, sehen in Deutschlands Rückzug ein unzuverlässiges Bekenntnis zu Geschlechtergerechtigkeit. Dies hat insbesondere im Globalen Süden eine Schwächung der Allianzen zur Folge. In Abhängigkeit von der Haltung, die Deutschland künftig zu multilateralen Plattformen wie der FFP+-Gruppe auf UN-Ebene einnimmt, wird sich klar zeigen, wie sich das Land international zu neu umkämpften Grundrechten und zur Frage der Geschlechtergerechtigkeit positioniert. Hier spielt es sicherlich auch eine Rolle, dass Deutschland zwar der FAP den Rücken kehrt, die Zahl an FAP-Ländern aber wächst. Ein Zurückfallen hinter bereits formulierte Haltungen könnte zu einem weiterem Verlust an Soft Power einer deutschen Außenpolitik beitragen, die besonders im *global majority*-Kontext ohnehin zunehmend kritisch wahrgenommen wird.

Natürlich kann man feministische Elemente erhalten und Geschlechtergerechtigkeit fördern, ohne explizit von FAP zu sprechen. Aber die Art der Umsetzung der FAP, ihre Schwachstellen und ihre Abschaffung als erste Amtshandlung machen einen politischen Kontext deutlich, in dem feministische, gendertransformative und strukturalistische Ansätze keine Priorität haben. Das gilt es als Ausgangspunkt anzuerkennen, verbunden mit der Frage, wie man am Erreichten festhalten und Räume offenhalten kann. Denn geschlechtergerechtes Arbeiten steht im Kontext eines antifeministischen Pushbacks. Wie können also Ansatzpunkte gestaltet, wo kann an roten Linien festgehalten werden und wie lässt sich intersektional-feministisches Arbeiten von Wissenschaft und Zivilgesellschaft weiterhin einbringen?

4.

Handlungsempfehlungen

Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden Empfehlungen formuliert, um Handlungsräume in der deutschen Außenpolitik und internationalen Zusammenarbeit zu nutzen. Es geht darum, systematische Evidenz zu schaffen, an bewährte Elemente und Programme anzuknüpfen und die Finanzierung von Geschlechtergerechtigkeit fortzusetzen, in der Regierungsarbeit weiterhin Genderexpertise einzubeziehen und darauf aufzubauen, den feministischen Diskurs fortzuführen, Netzwerke und Austausch zu stärken und internationale Verpflichtungen wahrzunehmen.

4.1 Systematische Evidenz schaffen

Den Ausgangspunkt sollte eine systematische Evaluierung der entwickelten Instrumente und Programme bilden, um evidenzbasierte Entscheidungen im Sinne einer ergebnisorientierten Außenpolitik treffen zu können. Dies erfordert den Mut zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme, bietet aber auch die Chance, Geschlechtergerechtigkeit dauerhafter in der deutschen Außenpolitik zu verankern und von erfolgreichen Innovationen der letzten Jahre weiterhin zu profitieren. Den Bemühungen der Diplomaten_innen und Mitarbeiter_innen des Auswärtigen Amtes in den letzten Jahren, sollte zumindest insofern Rechnung getragen werden, als dass die entwickelten Instrumente, Programme und Maßnahmen auf ihre Ergebnisse hin überprüft und erfolgreiche Instrumente fortgeführt werden. Das Beispiel Schwedens zeigt, dass eine solche Evaluierung wichtige Erkenntnisse über die tatsächlichen Wirkungen Feministischer Außenpolitik liefern kann. (Towns et al., 2023) Für Deutschland sollte im Rahmen einer ähnlichen Evaluierung untersucht werden, welche Veränderungen positive Effekte hatten, welche Programme messbare Verbesserungen für die Zielgruppen bewirkt haben und wo Effizienzgewinne und andere Fortschritte erzielt werden konnten. Dabei sollten auch unverhoffte positive Nebeneffekte, wie die Bildung neuer multilateraler Plattformen oder die Entwicklung unerwartet vertiefter Beziehungen zu anderen FAP-Ländern wie der Mongolei, Kolumbien und Panama, berücksichtigt werden.

4.2 An bewährte Elemente und Programme anknüpfen und Finanzierung fortsetzen

Gerade im Sinne einer ergebnisorientierten Politik sollten Instrumente, Programme und Plattformen, die sich als wirksam erweisen, fortgeführt werden. Dies betrifft,

ohne einer Auswertung vorwegzugreifen, insbesondere Instrumente wie das Gender Budgeting, das sich bereits jenseits einer explizit Feministischen Außenpolitik bewährt hat und beispielsweise von der EU und von 61 % der OECD-Länder praktiziert wird (Stand: 2023) und somit anschlussfähig sein sollte. (European Commission, 2020; OECD, 2023) Gerade in Zeiten knapper Haushalte, in denen AA und BMZ ohnehin von substanziellen Mittelkürzungen betroffen sind, sollten diese Ausgabenziele weiterhin verankert bleiben, um sicherzustellen, dass die Mittel für geschlechtergerechte Budgetplanung nicht überproportional reduziert werden. Hier sollte Deutschland eine Führungsrolle übernehmen, vor allem angesichts der Tatsache, dass bei der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit weltweit ein rückläufiger Trend zu beobachten ist. (United Nations Secretary-General, 2024) Denn nicht zuletzt sind derartige Maßnahmen maßgebliche – und kosteneffiziente – sicherheitspolitische Investitionen.

4.3 Gender-Expertise weiterhin in die Regierungsarbeit einbeziehen und darauf aufbauen

Der über die letzten drei Jahre erfolgte Ausbau der Gender-Expertise im Auswärtigen Amt sollte weiterhin als Ressource verstanden, gepflegt und genutzt werden. Trotz struktureller Herausforderungen sollten beispielsweise das Wissen, die Kompetenzen und die Netzwerke der *Focal Points* für FAP nutzbar gemacht werden. Für ein solches Vorgehen sprechen dokumentierte Erfolge geschlechtergerechter Ansätze in der Konfliktprävention, im *Peacebuilding* oder in der Entwicklungspolitik. Während dabei weiterhin ein Querschnittsansatz wichtig ist, sollte dennoch ein besonderer Fokus auf sicherheitspolitischen Themen liegen, da hier Genderperspektiven erwiesenermaßen besonders häufig marginalisiert werden. (Pradela, 2024; Ridge, Pradela, & Gill-Atkinson, 2024)

Dabei geht es darum, Expertise und Perspektiven im Bereich Gender systematisch und kontinuierlich einzubeziehen – beispielsweise bei Konfliktanalysen, Vorausschau, Friedensmissionen oder auch Rüstungsexportentscheidungen. Mit Blick auf Netzwerke und Expertise lässt sich an die umfassende Basis aus zivilgesellschaftlichem und akademischem Wissen anknüpfen, die in den letzten vier Jahren geschaffen werden konnte. Politische Akteur_innen sollten dieses Wissen als Ressource nutzen. Gerade auch der neu ins Leben gerufene Nationale Sicherheitsrat sollte

Mechanismen entwickeln, um derlei Fachwissen systematisch zu konsultieren. Hierfür kann der neu zu entwickelnde NAP zu WPS einen Rahmen bieten. Außerdem ist es in diesem Zusammenhang wichtig, zivilgesellschaftliche Perspektiven weiterhin als eine Form der Expertise wahrzunehmen, die Wissen und Kontextverständnis vermitteln kann. Entsprechend ist die Systematisierung der zivilgesellschaftlichen Konsultation ein weiterer Aspekt. Derlei Ansätze sind keinesfalls neu oder ohne Beispiel – der UN-Sicherheitsrat bietet bereits seit 1992 mit dem Format der Arria-Formel-Treffen entsprechende Konsultationsmechanismen. (UNSC, 2025)

Auch die systematische Zusammenarbeit zwischen BMZ – in Fortführung der FEP – und AA zur Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen sollte in diesem Zusammenhang fortgesetzt bzw. ausgebaut werden.

4.4 Feministischen Diskurs fortführen, Netzwerke und Austauschformate stärken

Eine weitere Rolle spielen auch die Parlamente und die Fachöffentlichkeit. Parlamentarier_innen sollten, auch auf internationaler Ebene mit FAP-Partnerländern, parlamentarische Netzwerke aus- und aufbauen und auch künftig sowohl geschlechtergerechte als auch explizit feministische Impulse einbringen. Dies ist vor allem auch mit Blick auf das 25-jährige WPS-Jubiläum, auf den globalen und massiv finanzierten antifeministischen Pushback und auf die Erosion rechtsverbindlicher Normen oder auf Verbindlichkeiten erforderlich, die sich im Kontext anderer Normen unabhängig von WPS gebildet haben.

Die zentrale Aufgabe einer kritischen Fachöffentlichkeit wird vermutlich darin bestehen, gerade das intersektionale Denken mit Fokus auf struktureller Ungleichheit als Konfliktursache weiterhin im Diskurs zu halten. Vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden Diskursverengung auf ein binäres Verständnis von WPS und einer Überbetonung des Schutzes vulnerabler Gruppen anstelle einer Prävention wird es weiterhin darum gehen, wesentliche Elemente feministischer Analyse zu vermitteln und in konkrete Empfehlungen zu übersetzen. Im deutschen Kontext heißt das auch, den Fokus darauf zu legen, wie Rassismen und postkoloniale Perspektiven das Denken und Handeln schon bei der Politikgestaltung »zu Hause« und damit auch in der deutschen Außenpolitik prägen.

4.5 Internationale Verpflichtungen und multilaterale Verantwortung wahrnehmen

Aus einer konsequenten Anwendung bestehender menschen-, frauen- und völkerrechtlicher Verpflichtungen ergeben sich klare Leitplanken für die Stärkung von Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Außenpolitik. Einen wichtigen Rahmen dafür bietet die WPS-Agenda. Der deutsche NAP sollte als zentraler Referenzrahmen

für geschlechtergerechte Sicherheitspolitik gestärkt werden – aufbauend auf Erkenntnissen feministischer Arbeit zum friedensstiftenden Potenzial geschlechtergerechter und inklusiver Ansätze. Damit würde der NAP über den Schutz vulnerabler Gruppen und ein eng gestecktes Sicherheitsverständnis hinausgehen. Darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung im EU- und multilateralen Kontext klar positionieren und Geschlechtergerechtigkeit explizit als Priorität verfolgen. Dies sollte sowohl in spezifischen Gremien wie der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen geschehen als auch als Querschnittsperspektive, beispielsweise bei den SDGs. Ein konkreter Schritt könnte angesichts der fatalen entwicklungspolitischen Rückschritte, die mit der *Global Gag Rule* einhergehen, ein klares Bekenntnis zu reproduktiver Gesundheit und reproduktiven Rechten im NAP sein. Damit würde die deutsche Außenpolitik ein wichtiges Signal setzen, nicht zuletzt als Gegengewicht zum wachsenden Pushback gegen Frauenrechte, LGBTQ+-Rechte und Geschlechtergerechtigkeit sowie eines um sich greifenden Rückbaus verbriefter Rechte. Auch gilt es, Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsperspektive zu verstehen, beispielsweise in der Klimapolitik, der KI oder bei sozioökonomischen Rechten. Die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern und mit progressiven Partnern weltweit sollte gestärkt werden, um gemeinsame Standards und Praktiken zu entwickeln.

5.

Wie weiter mit Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Außenpolitik?

Das Ende Feministischer Außenpolitik in Deutschland ist auf normativer und politischer Ebene ein Rückschritt. Doch nicht alles lässt sich so einfach rückgängig machen: Die Spuren Feministischer Außenpolitik bleiben in den Köpfen, Strukturen und Erwartungen weiterhin sichtbar. Ob die damit verbundenen Inhalte weiterverfolgt oder vollständig verdrängt werden, hängt davon ab, wie stark der gesellschaftliche und politische Nachdruck ist, beziehungsweise welche Erwartungen internationale Partner hochhalten. Gleichwohl verdeutlichen die Beharrungskräfte und Resilienzen, dass ein Ende der deutschen FAP wird nicht das Ende von Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Außenpolitik bedeutet. Auch ohne das Dach Feministischer Außenpolitik bestehen gewisse Strukturen und Verpflichtungen weiter, und es kann weiterhin programmatische und politische Arbeit für Geschlechtergerechtigkeit stattfinden. Dennoch fehlt es am politischen Rahmen und Willen, Geschlechtergerechtigkeit als Grundlage und Ziel von Außenpolitik zu begreifen und sie nicht nur als *Add-on*, sondern intersektional zu denken. Auf diese Weisen werden aus dem transformativen Charakter und den politischen Ambitionen eher symptomkorrigierende Maßnahmen mit beschränkter Wirkung. Dadurch werden auch andere politische Konzepte wie die WPS-Agenda, geschwächt, in denen es ebenfalls um mehr als den Schutz vulnerabler Gruppen oder Frauen und Mädchen geht.

Für feministische Außenpolitik an sich bedeutet dies letztlich aber keinen Abbruch, denn gerade in Zeiten von Polykrisen bedarf es einen Ansatz, der die Komplexität der Realität in den Blick nimmt, auf nachhaltige Lösungen setzt und die Handlungsfähigkeit resilienter Akteur_innen in den Vordergrund stellt. Und so entwickelt sich das Konzept trotzdem weiter, auch ohne Deutschland. (Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères, 2025b) Für die deutsche Außenpolitik stellt das, angesichts des Verlusts von *Soft Power*, der in den vergangenen Jahren zu beobachten war, einen außenpolitischen Rückschlag dar und widerspricht dem Anspruch interessen- und ergebnisorientierter Politik, den Außenminister Wadephul in seiner Antrittsrede formuliert hatte.

Literaturverzeichnis

- Adebahr, C., & Mittelhammer, B. (2023). "Women, Life, Freedom": A German feminist foreign policy towards Iran. Heinrich-Böll-Stiftung, <https://www.boell.de/en/2023/01/02/women-life-freedom-german-feminist-foreign-policy-towards-iran>, (aufgerufen am 12.10.2025).
- Amnesty International. (2024). *You Feel Like You Are Subhuman: Israel's Genocide Against Palestinians in Gaza*. <https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/8668/2024/en/> (aufgerufen am 12.10.2025).
- Auswärtiges Amt. (2022). Rede der Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock, bei der Konferenz „Shaping Feminist Foreign Policy“ am 12. September 2022 in Berlin [Press release]. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2125548/4368d431e4b9cdd3cade592e2d756e7e/112-4-bmaa-konferenz-data.pdf?download=1> (aufgerufen am 10.10.2025).
- Auswärtiges Amt. (2025). Rede von Außenminister Dr. Johann Wadephul anlässlich der Amtsübernahme im Auswärtigen Amt [Press release]. https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2717146-2717146?pk_campaign=newsletter_Rede_2025_05_07&pk_kwd=link_Rede+von+Außenminister+Johann+Wadephul+anlässlich+der+Amtsübernahme+im+Auswärtigen+Amt (aufgerufen am 12.10.2025).
- Balbon, N., & Färber, K. (2025). Feministische Außenpolitik. Kein Abriss ohne Gutachten. taz. (26.05.2025) <https://taz.de/Feministische-Aussenpolitik/!6087016/> (aufgerufen am 12.10.2025).
- BMZ. (2025). Rede der Bundesentwicklungsministerin Reem Alabali Radovan vor dem Deutschen Bundestag in Berlin. (14.05.2025) <https://www.bmz.de/de/aktuelles/reden/250514-rede-reem-alabali-radovan-bundestag-253396> (aufgerufen am 12.10.2025).
- Bundesfinanzministerium. (2025). Bundeshaushalt, 05 Auswärtiges Amt. <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html> (aufgerufen am 12.10.2025).
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. (2023). *Feministische Entwicklungspolitik. Für gerechte und starke Gesellschaften weltweit*. <https://www.bmz.de/resource/blob/146200/strategie-feministische-entwicklungspolitik.pdf> (aufgerufen am 12.10.2025).
- Campbell-Stephens, R. (2020). Global Majority: we need to talk about labels such as 'BAME'. <https://www.linkedin.com/pulse/global-majority-we-need-talk-labels-bame-campbell-stephens-mbe> (aufgerufen am 12.10.2025).
- CDU, CSU, & SPD. (2025). Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 21. Legislaturperiode. https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag2025_bf.pdf (aufgerufen am 12.10.2025).
- Datta, N. (2025). *The Next Wave: How Religious Extremism Is Regaining Power*. European Parliamentary Forum on Sexual and Reproductive Rights (EPF), <https://www.epfweb.org/node/1147> (aufgerufen am 29.09.2025).
- Deutscher Bundestag. (2025). Haushalt 2025: Auswärtiges Amt soll 743 Mio. Euro sparen [Press release]. <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1097826> (aufgerufen am 27.09.2025).
- European Commission. (2020). *JOINT COMMUNICATION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT AND THE COUNCIL EU GENDER ACTION PLAN (GAP) III – AN AMBITIOUS AGENDA FOR GENDER EQUALITY AND WOMEN'S EMPOWERMENT IN EU EXTERNAL ACTION*. Brussels, https://international-partnerships.ec.europa.eu/system/files/2021-01/join-2020-17-final_en.pdf (aufgerufen am 29.09.2025).
- Färber, K., & Standke-Erdmann, M. (2025). Claiming Historical Responsibility? The Persistence of Coloniality in German Feminist Foreign Policy. *Politics & Gender*, 1-29. doi:10.1017/S1743923X25100184.
- Government of the Netherlands. (2023). Political Declaration on Feminist Approaches to Foreign Policy [Press release]. <https://www.government.nl/documents/diplomatic-statements/2023/09/20/political-declaration-on-feminist-approaches-to-foreign-policy> (aufgerufen am 12.10.2025).
- Grimm, J. J., & Schneider, M. (2025). Staatsräson vs. Weltordnung: Gaza als Feuerprobe wertebasierter Außenpolitik im Globalen Süden. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 18(1), 115–143. <https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/46675> (aufgerufen am 29.09.2025).
- Hecht, P. (2025). Wadephul justiert sein Haus neu. taz. (12.05.2025) <https://taz.de/Abkehr-von-feministischer-Aussenpolitik/!6087409/> (aufgerufen am 29.09.2025).
- HRW. (2024). *Israel's Crime of Extermination, Acts of Genocide in Gaza. Authorities' Widespread Deprivation of Water Threatens Survival*. <https://www.hrw.org/news/2024/12/19/israels-crime-extermiation-acts-genocide-gaza> (aufgerufen am 25.09.2025).
- Hudson, V. M., Bowen, D. L., & Nielsen, P. L. (2020). *The First Political Order. How Sex Shapes Governance and National Security Worldwide*, New York: Columbia University Press.
- Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory including East Jerusalem, and Israel (2025). "More than a human can bear": Israel's systematic use of sexual, reproductive and other forms of gender-based violence since October 2023 [Press release]. <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/03/more-human-can-bear-israels-systematic-use-sexual-reproductive-and-other> (aufgerufen am 12.10.2025).
- Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères. (2025a). Fourth Ministerial Conference on feminist foreign policy [Press release]. <https://www.diplomatie.gouv.fr/en/french-foreign-policy/feminist-diplomacy/news/article/fourth-ministerial-conference-on-feminist-foreign-policy#:~:text=On%2022%20and%2023%20October,equality%2C%20and%20accept%20no%20regression.> (aufgerufen am 12.10.2025).
- (2025b, April 2025). France's International Strategy for a Feminist Foreign Policy (2025-2030). <https://www.diplomatie.gouv.fr/en/french-foreign-policy/feminist-diplomacy/france-s-international-strategy-for-a-feminist-foreign-policy-2025-2030/> (aufgerufen am 12.10.2025).
- Mittelhammer, B., Stamm, L., & Both, L. (2024). *DEUTSCHE AUSSENPOLITIK IM KONTEXT VON GAZA. Widersprüche der deutschen feministischen Außenpolitik und Perspektiven menschlicher Sicherheit*. Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/international/21591.pdf> (aufgerufen am 10.10.2025).
- Moreira, M. (2025). Is Kamala Harris the "glass cliff" candidate in the 2024 US elections? with Marissa Conway. <https://www.thediplomatscabinet.com/is-kamala-harris-the-glass-cliff-candidate-in-the-2024-us-elections-marissa-conway> (aufgerufen am 12.10.2025).
- n.tv.de (2025). „Eigenen Akzente setzen“. Wadephul will feministische Außenpolitik von Baerbock nicht fortsetzen. n.tv.de. (28.04.2025) <https://www.n-tv.de/ticker/Wadephul-will-feministische-Aussenpolitik-von-Baerbock-nicht-fortsetzen-article-25733087.html> (aufgerufen am 12.10.2025).
- O, Delphine. (2025). LinkedIn Post. Why go to #Germany to talk about #FeministForeignPolicy?. (11.09.2025) https://www.linkedin.com/posts/delphine-o-27159127_germany-feministforeignpolicy-foreignpolicy-ugcPost-7371947003653824512-acAN/?utm_source=social_share_send&utm_medium=member_desktop_web&rcm=ACoAAAXKOVABCPqL9RlaKpP8664wM4owPV_LN0o (aufgerufen am 12.10.2025).
- OECD. (2023). *Gender Budgeting in OECD Countries 2023*. Paris: https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2023/07/gender-budgeting-in-oecd-countries-2023_d04134bb/647d546b-en.pdf (aufgerufen am 12.09.2025).
- PAI.org. (2025). Global Gag Rule. <https://globalgagrule.org/>, (aufgerufen am 12.10.2025).
- Pradela, J. (2024). *A decade of Feminist Foreign Policy: From standing out to fitting in, changing trajectories of adoption and accountability over time*. https://devpolicy.org/2024-Australasian-AID-Conference/AAC2024_3d_Pradela.pdf (aufgerufen am 12.10.2025).
- Ridge, A., Pradela, J., & Gill-Atkinson, L. (2024). *A decade of feminist foreign policy: Changing trajectories of adoption and accountability over time*. IWDA International Women's Development Agency, https://iwda.org.au/assets/files/IWDA_FFP_TrajectoriesReport_2024_final.pdf (aufgerufen am 12.10.2025).
- Rustad, S. A. (2025). *Conflict Trends: A Global Overview, 1946–2024*. <https://cdn.cloud.prio.org/files/31b69202-0728-4852-94e9-a08bdf662fe9/Rustad%20-%20Conflict%20Trends%201946-2024%20-%20PRIO%20Paper.pdf?inline=true> (aufgerufen am 12.10.2025).

Ryan, M., & Haslam, S. (2005). The Glass Cliff: Evidence that Women are Over-Represented in Precarious Leadership Positions. *British Journal of Management*, 16, 81-90. <https://doi.org/10.1111/j.1467-8551.2005.00433.x> (aufgerufen am 12.10.2025).

Šišić, M., & Binişik, D. (2025). *Beyond the Cuts: How the Defunding Affects Feminist and Civil Society Organizations*. Heinrich-Böll-Stiftung, <https://www.boell.de/en/2025/03/13/beyond-cuts-how-defunding-affects-feminist-and-civil-society-organizations> (aufgerufen am 12.10.2025).

SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP. (2021). Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit, und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021-2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90/Die Grünen und den Freien Demokraten (FDP). https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf (aufgerufen am 12.10.2025).

Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967. (2025). *From economy of occupation to economy of genocide Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, Francesca Albanese*. UN HRC, <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session59/advance-version/a-hrc-59-23-aev.pdf> (aufgerufen am 12.10.2025).

Stamm, L. (2025). *Grundnüchtern. Weshalb die Bundesregierung gerade jetzt in die Agenda »Frauen, Frieden und Sicherheit« investieren sollte*. Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/international/22315.pdf> (aufgerufen am 12.10.2025).

Statistisches Bundesamt. (2025). *GLEICHSTELLUNGSINDEX 2024. Gleichstellung von Frauen und Männern in den obersten Bundesbehörden*. https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentlicher-Dienst/Publicationen/Downloads-Oeffentlicher-Dienst/gleichstellungsindex-5799901247004-1_2024265.pdf (aufgerufen am 12.10.2025).

Thompson, L. (2023). *Defining Feminist Foreign Policy: The 2023 Edition*. The Feminist Foreign Policy Collaborative, <https://static1.squarespace.com/static/637d4cec8d2cf97e81431a25/t/654bc836c40c4503943a1c00/1699465274963/DFFP+2023.pdf> (aufgerufen am 12.10.2025).

Towns, A., Bjarnegård, E., & Jezierska, K. (2023). *More Than a Label, Less than a Revolution: Sweden's Feminist Foreign Policy*. EBA Report 2023:02, The Expert Group for Aid Studies (EBA), Sweden, https://eba.se/wp-content/uploads/2023/07/2023_02-Webb.pdf (aufgerufen am 12.10.2025).

Towns, A., Jezierska, K., & Bjarnegård, E. (2024). Can a feminist foreign policy be undone? Reflections from Sweden. *International Affairs*, 100(3), 1263-1273. doi:10.1093/ia/iiae079.

UN OHCHR. (2025). *Legal analysis of the conduct of Israel in Gaza pursuant to the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide*. <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session60/advance-version/a-hrc-60-crp-3.pdf> (aufgerufen am 12.10.2025).

UN Women. (2024). War on women – Proportion of women killed in armed conflicts doubles in 2023 [Press release]. <https://www.unwomen.org/en/news-stories/press-release/2024/10/war-on-women-women-killed-in-armed-conflicts-double-in-2023> (aufgerufen am 12.10.2025).

UNHRC. (2025). Independent International Fact-Finding Mission on the Islamic Republic of Iran. <https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/ffm-iran/index> (aufgerufen am 12.10.2025).

United Nations Secretary-General. (2024). *Women and peace and security. Report of the Secretary-General*. <https://docs.un.org/en/S/2024/671> (aufgerufen am 12.10.2025).

UNSC. (2025). Arria-formula Meetings Dashboard. <https://main.un.org/security-council/en/content/repertoire/research-tools/Arria-formula> (aufgerufen am 12.10.2025).

Wittenfeld, L., & Franken, L. (2025). *Feminist Foreign Policy at Risk? What are the Cases of Sweden and Germany Able to Teach Us and Where to Go from Here*. Polis180, <https://polis180.org/polisblog/2025/06/17/polis-brief-n-32-feminist-foreign-policy-at-risk-what-are-the-cases-of-sweden-and-germany-able-to-teach-us-and-where-to-go-from-here/> (aufgerufen am 12.10.2025).

Woroniuk, B. (2025). *Feminist Foreign Policy and Development Finance for Gender Equality: Momentum Under Threat? An Update of the 2022 Assessment of Commitments Report – Preliminary Findings*. Feminist Foreign Policy Collaborative, https://static1.squarespace.com/static/637d4cec8d2cf97e81431a25/t/685c51a898f4244217b24c03/1750880680946/Prelim+Findings-FFP+and+Development+Finance+for+Gender+Equality_FFPC.pdf (aufgerufen am 12.10.2025).

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ATT	Arms Trade Treaty (Vertrag über den Waffenhandel)
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CEDAW	Frauenrechtskonvention / Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women
FAP	Feministische Außenpolitik
FEP	Feministische Entwicklungspolitik
NAP	Nationaler Aktionsplan
SDGs	Nachhaltige Entwicklungsziele / Sustainable Development Goals
UN	United Nations / Vereinte Nationen
WPS	Women, Peace & Security / Frauen, Frieden und Sicherheit

Über die Autorin

Barbara Mittelhammer ist unabhängige politische Analystin. Sie berät und arbeitet mit Ministerien, Parlamentarier_innen, Think Tanks, Stiftungen, internationalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie arbeitet und publiziert zur Entwicklung und Anwendung feministischer Außenpolitik, u. a. im Kontext von Iran und Syrien, menschlicher Sicherheit, sowie Gender und der Rolle von Zivilgesellschaft in Außen- und Sicherheitspolitik. Darüber hinaus ist sie ausgebildete Mediatorin.

Handlungsempfehlungen für Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Außenpolitik

Nachdem Schwedens Rückzug von einer Feministischen Außenpolitik (FAP), folgt nun die neue deutsche Bundesregierung dieser Richtung. Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition kommt eine FAP nicht mehr vor und auch die Feministischen Leitlinien sind von der Internetseite des Auswärtigen Amts entfernt worden. Diese demonstrative Abkehr sendet ein verheerendes Signal – gerade in Zeiten, in denen echte Realpolitik eine Außenpolitik erfordern würde, die Komplexität anerkennt und auf nachhaltige Lösungen setzt.

Dies geschieht in einem politischen Kontext, in dem Geschlechtergerechtigkeit weltweit unter Druck steht. Dennoch ist die Forschung eindeutig: Geschlechtergerechtigkeit gilt als stärkster Indikator für die Friedfertigkeit eines Landes nach außen und innen. Länder mit höherer Geschlechtergerechtigkeit führen seltener Kriege und entwickeln sich wirtschaftlich stärker. Statt eines Gegensatzes zwischen „Krisen bewältigen“ und „feministischer Politik“ müsste eine wirklich ergebnisorientierte Außenpolitik genau hier ansetzen.

Wie geht es weiter mit Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Außenpolitik? In diesem Strategiepapier werden zunächst die Stärken und Schwächen der deutschen FAP analysiert, um anschließend konkrete Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung vorzustellen. Dabei stehen folgende Fragen im Mittelpunkt: Was hat der Rückzug Deutschlands von einer FAP vor dem Hintergrund der Neuausrichtung der Bundesregierung für Auswirkungen? Welche Elemente lassen sich auf einen Prä-FAP-Ausgangspunkt zurücksetzen, und welche Ansätze können nicht einfach rückgängig gemacht werden? Wie kann Deutschland weiterhin Außenpolitik geschlechtergerecht gestalten und international einen Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit leisten?

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

➔ fes.de